

## Greens meet Grüne

In Bristol fand am 15. und 16. April eine **Austauschkonferenz zwischen der Green Party of England and Wales, der Europagruppe Grüne und den deutschen Grünen** statt, an der ich teilnahm. Es waren etwa 80 Teilnehmer, darunter sechs Mitglieder des Europäischen Parlaments. Für Bündnis 90/die Grünen waren die Co-Sprecherin Simone Peter, der Bundestagsabgeordnete Manuel Sarrazin, die Landtagsabgeordnete aus Thüringen Madeleine Henfling, sechs weitere Parteimitglieder und vier Mitglieder der Grünen Jugend gekommen. Zudem kamen aus Brüssel die deutschen MdEP Jan Philipp Albrecht, Sven Giegold und Terry Reintke, die die Diskussionen im Plenum moderierte - Ska Keller war leider verhindert. Auf der britischen Seite wurden wir von der Parteivorsitzenden Natalie Bennett, von den MdEP Molly Scott Cato (Südwesten Englands mit Gibraltar) und Jean Lambert (London) sowie vielen Stadträten, Parteimitgliedern und Unterstützern aus den Grünen Hochburgen Bristol, Brighton und auch York sehr herzlich empfangen.

Für die britischen Grünen standen **zwei wichtige Wahltermine** unmittelbar bevor. Am 5. Mai fanden regionale Wahlen im ganzen Land statt, bei denen die Grünen 45 Sitze, aber in keinem Stadt- oder Landrat die Mehrheit gewinnen konnten. Sie mussten geringe Verluste von ca. 3% hinnehmen. Der zweite Entscheidungstermin steht noch aus. Das ist der 23. Juni mit dem Referendum über den britischen Verbleib in der EU. Für die britischen Grünen, die nur bei europäischen Wahlen durch das Verhältniswahlrecht Chancen auf Sitze im Parlament haben, ist das Referendum eine ganz besondere Schicksalsentscheidung. In Großbritannien selbst haben sie dank des Mehrheitswahlrechts nur einen einzigen Sitz im Westminster-Parlament. Entsprechend gering sind ihre Finanzmittel und auch ihre Möglichkeiten, in Großbritannien Grüne Politik in den Medien und in der Öffentlichkeit darzustellen. Und entsprechend groß ist ihre Verwunderung, ja, Neid, darüber, was man mit einer ähnlich großen Grünen Partei in Deutschland aus ihrer Sicht alles erreichen kann.

In den zwei Tagen wurden in Workshops und Podiumsdiskussionen Grüne Kernthemen von Experten vorgestellt und mit den Teilnehmern diskutiert:

### 1. Die Grüne Energiewende

Simone Peter stellte die deutsche Energiewende als eigentlich machbar und z.T. bereits gelungen dar, und berichtete aus ihren positiven Erfahrungen als Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr von 2009 bis 2012 im Saarland. Alternative Energiequellen decken bereits zu einem Drittel den Energiebedarf in Deutschland. Somit habe man die ursprünglichen Ziele von 20% Energie aus erneuerbaren Quellen bis 2020 mehr als erfüllt. 350,000 neue Jobs im Bereich erneuerbare Energien seien geschaffen worden. 1.5 Millionen Häuser seien mit Solaranlagen ausgestattet. Innerhalb von 15 Jahren seien die Kosten für Solaranlagen um 80% gesunken. Die Investitionen kommen meist von Einzelnen bzw. Kooperativen. Ein Ziel der Energiewende sei allerdings ganz verfehlt worden: Man habe zu wenig getan, um Energie einzusparen. Fossile Energieproduktion sei lediglich um 8% gesunken, was die Klimaziele auch gefährde. Frau Peter kritisierte die EU-Initiative, Feed-in Tariffs abzuschaffen und durch ein System von öffentlichen Ausschreibungen zu ersetzen, die Groß-Firmen begünstigen und zu höheren Kosten führen wird.

Natalie Bennett sah auch die Energie-Effizienz als momentan wichtigstes Ziel. Sie kritisierte

die Macht von Lobbyisten über die konservative Regierung, die mit nur 24% der Wählerstimmen gewählt worden sei, und deren Politik nicht den Wünschen und Interessen der Bevölkerung entspreche. So sei die Regierung vom Ausbau von Fracking und mit dem Neubau einer Atomanlage in Hinkley Point geradezu besessen. Dabei seien Windanlagen im Meer weitaus billiger. Wellenenergie aus Swansea Bay könnte allein 9% des britischen Energiebedarfs decken. Mit Hilfe dieser Technik könnten viele britische Arbeitsstellen geschaffen werden.

Auch Molly Scott Cato, MEP für den Südwesten und Gibraltar, sah sehr günstige natürliche Begebenheiten für den Ausbau erneuerbarer Energien im Südwesten Englands. Sie schätzte, dass mit verschiedenen erneuerbaren Energien 122,000 neue Jobs und 4% Wachstum möglich seien. Das Projekt des Neubaus einer Atomanlage in Hinkley Point, 46 Meilen südlich von Bristol, sei irrsinnig. Eine Megawatt-Stunde Energie würde 92.5 Pfund kosten, dreimal so viel wie auf dem freien Markt. Die französische Firma EDF, die die Anlage bauen soll, befürchtet eine Insolvenz auf Grund der immensen unkalkulierbaren Kosten, und hat sich noch nicht endgültig für das Projekt entschieden. Windenergie und andere erneuerbare Energien hingegen haben Investitionen dezentralisiert und Kosten gesenkt. Die Greens rufen zu „Divestment“ auf: Sie fordern Universitäten, Gemeinden, Banken und Versicherungsfirmer dazu auf, ihre Investitionen in fossilen Energiefirmen zurückzunehmen, zu „desinvestieren“.

Simone Peter sprach von der Tendenz in Deutschland hin zur Rekommunalisierung von zuvor privatisierter Energieversorgung und anderen Dienstleistungen in den Kommunen. Da ein entsprechender Begriff im Englischen fehlt, und „Recommunalisation“ falsche Assoziationen hervorruft, entschied man sich für den Terminus „Remunicipalisation“.

## **2. Die Integration von Flüchtlingen**

Richard Williams, Vize-Vorsitzender von Sanctuary on Sea, Brighton and Hove, hat sofort klar gemacht, dass viele Briten, nicht nur die Grünen, sich eine humanere Flüchtlingspolitik als die ihrer Regierung wünschen. So haben sich mehrere Städte, einschließlich Bristol und Brighton, zu „cities of sanctuary“ deklariert und zu einer Organisation unter diesen Namen zusammengeschlossen:

<https://cityofsanctuary.org/>

City of Sanctuary ist eine Bewegung von Städten und Gemeinden, die sich zu einer Willkommenskultur für Flüchtlinge bekennen wollen, die Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen. Wohin auch immer Flüchtlinge gehen, wollen sie, dass sie sich sicher fühlen, und dass sie Menschen finden, die sie in jedem Bereich der Gesellschaft willkommen heißen.

Die britischen Delegierten wollten von den deutschen Gästen über ihre Erfahrungen hören: Ihr habt eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Wie sind sie verteilt worden? Wo sind sie überhaupt alle hin? Was passiert mit ihnen vor Ort in den Kommunen? Wo sind sie untergebracht? Wer bezahlt das Alles? Wie funktioniert Integration auf dieser Ebene? Welche Probleme habt ihr? Wer auf diese Fragen antworten konnte, wurde sofort eingeladen, anderswo in den Wahlkreisen über seine Erfahrungen zu berichten, denn sehr wenig Konkretes ist aus den britischen Medien zu erfahren, dafür viel Angstmacherei vor Ausländern.

### 3. Rechter Populismus

Es ging um eine Grüne Strategie gegen zunehmenden Populismus von rechts. Madeleine Henfling MdL Thüringen und Ralph Scott, Head of Citizenship and Political Participation, suchten Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen UKIP und der AfD, und nach Wegen, ihren antieuropäischen, rassistischen, menschenverachtenden und nationalistischen Botschaften zu begegnen.

### 4. Bürgerrechte im digitalen Zeitalter

Jan Philipp Albrecht, MdEP, der am Vortag seine Gesetzesinitiative zum digitalen Datenschutz nach fünfjähriger Vorarbeit erfolgreich durch das europäische Parlament gebracht hatte, wurde für seinen Erfolg gefeiert.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160407IPR21776/Parlament-verabschiedet-EU-Datenschutzreform-%E2%80%93-EU-fit-f%C3%BCrs-digitale-Zeitalter>

<https://www.janalbrecht.eu/presse/pressemitteilungen/datenschutzreform.html>

Herr Albrecht erklärte sachkundig und für den Laien leicht verständlich, wie selbstlernende Algorithmen von Maschinen benutzt werden, um Profile über das Risiko zu erstellen, das von einem Einzelnen ausgeht, und wie die Algorithmen drohen, der menschlichen Kontrolle zu entgleiten, und zu Missbrauch durch Hacker oder andere geradezu einladen.

Mit Jim Killock, Executive Director of Open Rights Group, wurde darüber diskutiert, warum es so viel einfacher sei, in der Güterabwägung zwischen persönlichem Datenschutz und persönlichen Bürgerrechten einerseits und staatlicher Überwachung zum Schutz vor Terrorismus andererseits, die Deutschen für die Bürgerrechte zu gewinnen als die Briten. Fast verzweifelt stellten die britischen Delegierten fest, dass ihre Landsleute aus Angst vor Terror dem Staat bedenkenlos noch nie da gewesene Überwachungsmöglichkeiten einräumen.

### 5. UK Grüne Parteimitgliedschaft

In einem interessanten Vortrag stellte Dr. Wolfgang Rüdig von der Universität Strathclyde seine Forschung zur **Grüner Parteimitgliedschaft in Großbritannien** dar. Am Auffallendsten war der steile Anstieg der Parteimitgliedschaft von 13,800 2014 auf 63,000 im Jahr 2015. Vor allem im Monat Januar 2015 traten ungewöhnlich viele der Partei bei. Dies hing auch damit zusammen, dass bei dem Wahlkampf vor den letzten allgemeinen Wahlen die Grünen, anders als die Liberal Democrats, nicht bei der Fernsehdebatte der Parteispitzen teilnehmen sollten, weil sie weniger Parteimitglieder hatten als die Liberal Democrats. Dies wurde von vielen als ungerecht empfunden, und viele traten schnell der Partei bei. Rüdig wollte wissen, ob sie „echte“ Grüne waren oder „Leih-Grüne“, die sonst eher für andere Parteien stimmten. Er konnte aber zeigen, dass die neuen Mitglieder doch „echte“ Grüne sind, die nur noch nicht den Schritt zur Parteimitgliedschaft gemacht hatten. In der anschließenden Diskussion wurde die Situation der britischen Grünen auf Grund des Mehrheitswahlrechts mit der der deutschen Grünen nicht ohne Neid verglichen. Bei geringfügig niedrigeren Mitgliedszahlen von ca. 59,800 Mitgliedern haben die deutschen Grünen nicht nur einen Sitz im Parlament von 650, wie die Briten, sondern 63 von 598 Sitzen im Bundestag und sind in Koalitionsregierungen an neun von sechzehn

Bundesländern beteiligt. In Baden-Württemberg führen sie sogar die Koalition an.

## **6. Das Referendum über die EU Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs**

Zum Schluss wurde über das wichtigste Thema in einer **Podiumsdiskussion** mit Sven Giegold, MdEP, Jean Lambert, MdEP, Dr. Wolfgang Rüdig, University of Strathclyde, Manuel Sarrazin, MdB, unter der Leitung von Terry Reintke, MdEP, debattiert. Hauptsorgen der Briten waren, wie sie vor allem Jugendliche zum Wählen bringen können, und wie man jahrelanges Desinteresse in den verbleibenden Wochen ändern kann.